

TerraEuropa: Kämpft in Europa bald jeder gegen jeden?

Marc Fort • Mario Jendrossek • Katharina Meeh • Sonje Schwennsen • Lucile Tronel • Nadiya Vertebna

Kurz vor den Europawahlen 2014 haben in Berlin Studierende der französischen Hochschule Sciences Po und der Freien Universität Berlin die auf zehn Seiten zusammengetragenen Forderungen junger Europäer persönlich im Bundeskanzleramt und in der Französischen Botschaft übergeben. Den Ausgangspunkt für das »Europaper« bildete eine Online-Umfrage unter 2.000 Gleichaltrigen in Deutschland und Frankreich. Achtzehn Monate gemeinsamer Arbeit liegen hinter den Studierenden, die sich TerraEuropa angeschlossen haben. Die von der Stiftung Genshagen und dem Deutsch-Französischen Jugendwerk unterstützte Initiative des französischen Unternehmers Michel Marlière will der Europaverdrossenheit entgegenwirken und der jungen Generation in Europa eine Stimme geben. »Kämpft in Europa bald jeder gegen jeden?«, fragt der Titel der Denkschrift, mit der sich die sechs jungen TerraEuropa-Botschafter stellvertretend für ihre Generation an ihre europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wenden.

Im Mai wählen Europäerinnen und Europäer aus 28 Ländern das neue EU-Parlament. Im Vorfeld der Wahl erfüllen uns nicht nur die angespannte Situation in der Ukraine, die Freizügigkeitsdebatte um Rumänien und Bulgarien oder der Schweizer Volksentscheid gegen die Zuwanderung mit großer Sorge. Während die Zustimmung zur Europäischen Union kontinuierlich abgenommen hat, steigt die Tendenz zu Ausgrenzung und Nationalismus in alarmierender Weise – auch in unserer Generation. Und wir fragen uns: Treiben die nationalistischen Kräfte Europa bald auseinander?

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben unsere Urgroßeltern die europäische Einigung auf Basis jener humanistischen Werte vorangetrieben, die seit Jahrhunderten das kulturelle, politische und wirtschaftliche Fundament Europas bilden: Achtung der Menschenwürde, Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Religionsfreiheit, Gleichberechtigung der Geschlechter sowie soziale Marktwirtschaft. Wir, junge Europäerinnen und Europäer aus Frankreich und Deutschland, bekennen uns zu diesen Werten. Wir stehen zur europäischen Einigung, denn sie ist die historisch einzig richtige Antwort auf die Kriege der Vergangenheit und die Herausforderungen der Zukunft. Doch dieses Vermächtnis von drei Generationen gerät zunehmend in Gefahr.

Europa ist in nur einem Jahrzehnt vom Inbegriff für Stabilität, Fortschritt und Wachstum zu einem anderen Wort für Krise geworden. Im Durchschnitt sind rund 25 Prozent der 15- bis 24-Jährigen in Europa ohne Arbeit. In Griechenland und Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit gar bei über 50 Prozent. Unsere Generation gerät immer mehr unter Druck. Wir erleben einen zunehmend unfairen Wettbewerb. Und wir fragen uns: Kämpft in Europa bald jeder gegen jeden?

Wir sind zutiefst beunruhigt über den mangelnden Mut zu notwendigen Reformen und Initiativen. Uns fehlen überzeugende Antworten auf die Fragen nach dem gemeinsamen europäischen Handeln zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung bzw. nach einem gemeinsamen Weg zur Eindämmung der negativen Folgen von Klimawandel und demografischer Entwicklung. Und wir fragen uns: Wie geht es weiter mit der Europäischen Union?

Gerade aufgrund unserer gemeinsamen Geschichte betrachten wir es als unsere Aufgabe und historische Verpflichtung, die Errungenschaften der europäischen Einigung zu schützen und die Zukunft Europas miteinander zu gestalten. Wir appellieren deshalb an die deutsche und an die französische Regierung, endlich sichtbar und gemeinsam zu handeln, um das Projekt Europa neu zu begründen und es mit neuer Dynamik zu erfüllen. Dafür brauchen wir eine Agenda, die für verlässliche Rahmenbedingungen in Europa sorgt und uns jungen Erwachsenen wieder Perspektiven gibt. Wir sind bereit, uns gemeinsam mit Ihnen und im Dialog mit unseren europäischen Nachbarinnen und Nachbarn für dieses Europa einzusetzen. Denn wir sind Europas Zukunft.

Unsere Agenda

Für ein ehrgeiziges Jugendprogramm in Europa

Über 50 Prozent der jungen Erwachsenen in Spanien und Griechenland sind erwerbslos, in der gesamten EU herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von 25 Prozent – Dauerpraktika und Dumpinglöhne bestimmen die Realität der »Generation Praktikum«.

Wir brauchen endlich eine verlässliche Zukunftsperspektive. Ein entsprechender Aktionsplan für die Jugend muss aus unserer Sicht mit derselben Intensität in Angriff genommen werden wie die Rettung des Finanzsystems seit 2008. Nicht nur die Banken sind systemrelevant. Wir sind es auch.

Für eine breite europäische Bildungsoffensive

Für Trotz aller Bemühungen, die verschiedenen Bildungssysteme der 28 Mitgliedstaaten einander anzunähern: Noch immer behindern nationale Bildungsgrenzen die berufliche und kulturelle Mobilität, die wir für eine dynamische Entwicklung des europäischen Wirtschaftsraumes brauchen.

- *Wie lassen sich bewährte Austauschprogramme wie Erasmus, Comenius oder Leonardo jetzt möglichst rasch und zuverlässig allen Schülerinnen und Schülern und allen Auszubildenden in Europa zugänglich machen?*

Aus unserer Sicht sind persönliche EU-Erfahrungen bereits in jungem Alter unabdingbar für die Entwicklung der erforderlichen Sprachkenntnisse und die Entfaltung eigener Talente und Möglichkeiten.

- *Wie lässt sich die dringend notwendige europaweite Harmonisierung von Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüssen binnen kürzester Zeit zu einem verlässlichen Abschluss bringen?*

Barrieren der Bildungsmobilität müssen jetzt rasch abgebaut werden, um die notwendige Berufsmobilität innerhalb Europas zu ermöglichen. Dabei sollen die Vielfalt der europäischen Bildungslandschaft und die Alleinstellungsmerkmale ihrer Bildungsinstitutionen erhalten bleiben. Wir wollen Harmonisierung, aber keinen Einheitsbrei.

Für einen dynamischen europäischen Arbeitsmarkt

Der europäische Arbeitsmarkt ist in seiner heutigen Form und Organisation kaum in der Lage, die Potenziale zahlreicher junger Europäerinnen und Europäer adäquat einzusetzen und zu nutzen. Dafür brauchen wir eine neue, entschlossene Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union:

- *Wie lassen sich europaweit Angebot und Nachfrage für Arbeit besser mit einander verknüpfen?*
Nur eine verbesserte Berufsmobilität innerhalb Europas kann das Ungleichgewicht zwischen dem wachsenden Fachkräftebedarf in Nordeuropa und der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa vermindern. Wir brauchen eine Europäische Agentur für Arbeit, die Stellenangebote sowie berufliche Weiterbildung europaweit zugänglich macht.
- *Wie lässt sich das bewährte duale Ausbildungssystem schnellstmöglich in allen EU-Staaten etablieren?*
Deutschland, Österreich und die Schweiz haben die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in Europa: unter zehn Prozent. In diesen Ländern erleichtert das duale Ausbildungssystem den Einstieg in die Berufswelt. Die fundierte Berufsausbildung gewährt Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern frühzeitig Einblicke in die berufliche Praxis und wird zugleich den Interessen der ausbildenden Unternehmen gerecht. Es ist an der Zeit, dieses Modell mit beratender und finanzieller Unterstützung der EU konsequent in allen Mitgliedstaaten einzuführen.
- *Wie lässt sich europaweit innovatives Unternehmertum besser fördern?*
Innovationen sichern die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und schaffen Arbeitsplätze. Dafür brauchen wir ein europaweites Programm, das unternehmerische Potenziale freisetzt, insbesondere durch steuerliche Anreize für Forschungsaktivitäten und durch die gezielte Förderung der privaten Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich der neuen Technologien.

Für ein nachhaltiges Europa

Welches Erbe treten wir an? Die hohe Staatsverschuldung vieler EU-Mitgliedstaaten wird uns auch in Zukunft noch belasten. Die Folgen des Klimawandels werden die Lebensbedingungen auf der ganzen Welt drastisch verändern. Die demografische Entwicklung fordert unsere Sozialsysteme heraus.

Das verlangt europaweit nach einem Umdenken. Eine einseitige Kündigung des Generationenvertrages können wir nicht zulassen. Sie ließe sich gesellschaftlich von keiner Seite verkräften.

Für ein attraktives, sozial gesichertes und gerechtes Europa

Bis zum Jahr 2050 wird etwa ein Drittel der EU-Bürger älter als 65 Jahre alt sein. Wenn wir nichts unternehmen, führt das mit Blick auf die Finanzierung der Sozialsysteme zu einem dauerhaften Ungleichgewicht. Damit wir unsere auf dem Solidaritätsgedanken beruhenden Sozialsysteme und unsere Wirtschaftskraft erhalten können, sind wir auf Zuwanderung angewiesen.

Zugleich wird im selben Zeitraum die Bevölkerung vor allem in Asien und Afrika stark anwachsen. In Afrika wird sich die Bevölkerung voraussichtlich verdoppeln. Mit Migrationswellen politischen und wirtschaftlichen Ursprungs nach Europa ist zu rechnen. Darauf müssen sich die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam vorbereiten.

- *Wie lassen sich die europäischen Sozialsysteme stärker miteinander in Einklang bringen?*
Langfristig müssen die EU-Mitgliedsstaaten ihre Sozialsysteme in Einklang bringen, um gute Arbeitsbedingungen und einheitliche Voraussetzungen für soziale Sicherheit zu schaffen. Angesichts der kontinuierlich ansteigenden Lebenserwartung bei einem gleichzeitigen Rückgang der Geburten brauchen wir eine verlässliche gemeinsame Basis für die Finanzierung der Renten- und Pflegeversicherungssysteme.
- *Wie schaffen wir auf EU-Ebene optimale Rahmenbedingungen für die Zuwanderung?*
Die demografische Entwicklung in ganz Europa macht aus der Einwanderung eine Notwendigkeit, die auf europäischer Ebene organisiert und gesteuert werden muss. Eine erfolgreiche Integrationspolitik wird zudem immer wichtiger, wenn wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaften gewährleisten wollen. Darum sollten sich die EU-Mitgliedsländer zu ihren europäischen Werten bekennen und eine gemeinsame Immigrations- und Integrationspolitik definieren, die einem einheitlichen rechtlichen Rahmen folgt und unsere europäischen Werte schützt.
- *Wie können wir in Sachen »Entwicklungspolitik« an einem Strang ziehen?*
Die Flucht vor Hunger und Verfolgung und ihre dramatischen Auswirkungen wie zum Beispiel auf Lampedusa lassen sich langfristig nur durch politische und wirtschaftliche Verbesserungen in den Herkunftsländern reduzieren. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen sich konzentrierter im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit engagieren und stärker in eine koordinierte Entwicklungspolitik investieren, um die globalen Ungleichgewichte effektiv zu bekämpfen.

Für einen europäischen Green New Deal

Die weltweite Energieversorgung besteht zu rund 80 Prozent aus fossilen Energieträgern. Diese tragen nicht nur zur Erderwärmung und damit zum Klimawandel bei, auch gehen die Reserven an fossilen Brennstoffen in den nächsten Jahrzehnten unausweichlich zur Neige. Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich jetzt auf ein gemeinsames Programm zum massiven Ausbau regenerativer Energiequellen verpflichten und mit einer Stimme für verbindliche Klimaziele eintreten. Die Politik darf das Problem nicht länger auf Kosten der nächsten Generation aussitzen.

- *Wie kommen wir zu einer alternativen Energie-Infrastruktur für Europa?*
Europa verfügt über ein hohes Potenzial an erneuerbarer Energie. Eine enge Kooperation in Europa zur Produktion, zur Verteilung und zur Speicherung von grünem Strom ist dabei ökologisch notwendig und wirtschaftlich sinnvoll. Dazu brauchen wir eine gemeinsame Energiepolitik mit aufeinander abgestimmten Zielen und einer einheitlichen Steuerung.
- *Wie gestalten wir eine starke europäische Umweltpolitik?*
Ehrgeizige innereuropäische CO₂-Emissionsgrenzen, effektiver CO₂-Emissionshandel, einstimmige Vertretung bei der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris müssen die Ziele der Umweltpolitik der EU für die nächsten Jahre sein.
- *Wie sichern wir die europäischen Wettbewerbsvorteile in der Green Economy?*
Die Entwicklung innovativer Verfahren schafft Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze in Europa. Darum ist es unsere Aufgabe, verstärkt in die Forschung zur Effizienzsteigerung von erneuerbaren Energien und Kraftstoffen zu investieren. Die gezielte Förderung von grüner Technologie »Made in EU« sorgt zudem für neue attraktive Arbeitsplätze in Europa.

Für ein bürgernahes Europa

Viele europäische Bürger fühlen sich nur unzureichend durch die EU-Institutionen vertreten und wenden sich ab. Gerade junge Europäerinnen und Europäer erleben die gegenwärtige Entwicklung in Europa vor allem als ungesteuerte Liberalisierung und weniger als erfolgreiche Einigung der europäischen Nationen.

Die EU braucht wieder einen klaren Kurs. Die Regierungen der EU-Länder müssen sich daher deutlich wahrnehmbar zur europäischen Einigung bekennen. Es gilt, die Europäische Kommission mit Zustimmung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente mit einer Agenda zu beauftragen, die stärker in Einklang mit den Anliegen und Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist.

Für ein verständliches Europa

Das politische System der EU wirkt auf viele undemokratisch, kompliziert und undurchsichtig. Das »EU-Management« muss sich neu erfinden, bürgerorientiert agieren und besser kommunizieren.

- *Wie lässt sich europaweit das Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen stärken?*
Technokratische Begriffe schaffen Distanz und erschweren den Prozess der Verständigung. Politiker und Beamte müssen ihre Projekte und Maßnahmen so kommunizieren, dass alle Bürgerinnen und Bürger verstehen, worum es geht. Nach den Europawahlen gilt es überdies, Visionen und Ziele der EU neu zu definieren und Bürgerinnen und Bürger im Dialog und über die Medien an diesem Verständigungsprozess zu beteiligen.
- *Wie lassen sich Entscheidungsmechanismen besser nachvollziehen?*
Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Europäischer Rat, nationale Parlamente und Regierungschefs: Wer entscheidet was? Wer ist wofür zuständig? Wer verantwortet welche Entscheidung? Und sind die Entscheider demokratisch gewählt? In diesen zentralen Fragen immer wieder aktiv für Klarheit zu sorgen, ist aus unserer Sicht die entscheidende Voraussetzung für eine breitere Akzeptanz der EU-Institutionen und der EU-Repräsentanten durch die Bürgerinnen und Bürger.

Für ein gemeinschaftliches Europa

Mehr als seine Institutionen steht Europa für klare Werte, die unseren Alltag und unsere Gesellschaft regeln. Diese sollen uns Halt geben in einer starken Umbruchzeit und unsere Entscheidungen leiten.

- *Brauchen wir eine europäische Wertecharta?*
Die im Jahr 2000 feierlich unterzeichnete Grundrechtecharta der Europäischen Union sollte als europäische Wertecharta stärker ins Bewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger in der EU rücken und zu einem zentralen Bezugspunkt werden. Das ließe sich etwa dadurch fördern, dass jeder gewählte Politiker auch die europäische Grundrechtecharta unterzeichnet, bevor er sein Amt übernimmt. Auch, wer eine Aufenthaltsgenehmigung in der EU beantragt, sollte sich auf diese Weise mit ihren Werten vertraut machen.
- *Wie schaffen wir mehr Akzeptanz für die Europäische Union?*
Aus wahltaktischen Gründen neigen Politikerinnen und Politiker immer wieder dazu, die Verantwortung für unpopuläre nationale Entscheidungen auf die EU zu schieben. Durch dieses »EU-Bashing« verlieren die EU-Institutionen und ihre Entscheidungen an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Dem muss im Interesse aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger Einhalt geboten werden.

Autor/innen

TerraEuropa ist eine internationale Plattform für junge Erwachsene, die sich untereinander und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über ihre Idee von Europa austauschen. Initiator ist Michel Marlière. Der französische Unternehmer mit deutscher Wahlheimat will angesichts des zunehmenden

den Skeptizismus und Separatismus zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit Europa und zu einer stärkeren politischen Beteiligung der jungen Generation an der Gestaltung des europäischen Hauses anregen. Kooperationspartner von TerraEuropa sind die Stiftung Genshagen, die französische Hochschule Sciences Po, die Freie Universität Berlin und das Deutsch-Französische Jugendwerk. Partner für Meinungsforschung ist das internationale Markt- und Sozialforschungsunternehmen Ipsos. Mehr zu TerraEuropa unter: www.terra-europa.eu

Kontakt

TerraEuropa gGmbH

Vertreten durch den Geschäftsführer Michel Marlière

Merowingerstraße 9

50677 Köln

E-Mail: info@terra-europa.eu

www.terra-europa.eu

Pressekontakt:

Infobüro TerraEuropa

Karin Lange

Burgstraße 27

Telefon: 0 30 / 24 086 – 674

Fax: 0 180 / 5 22 32 85

E-Mail: presse@terra-europa.eu

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de